

p.B.58.2. Afrique du Sud - BJN/aed
p.B.58.04.

3003 Bern, den 22. Juni 1976

p.B. 73. ap. S. O.

Notiz an den Departementschef

a/a

Die Unruhen in Südafrika

- 1) Die schwersten blutigen Rassenunruhen in Südafrika seit dem Sharpville-Aufstand von 1960 haben vom Mittwoch 16.6. bis Sonntag 20.6. mehrere schwarze "Townships" in Südafrika erschüttert. Mehr als 100 Menschen wurden getötet und mehr als 1000 verletzt. Viele Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser, Schulen, Bibliotheken und Freizeiteinrichtungen wurden niedergebrannt. Zahllose Lagerhäuser und Geschäfte wurden geplündert. Brandanschläge wurden auch auf für Schwarze reservierte Hochschulen verübt, so auf die Zulu-Universität in Natal, auf die "Universität des Nordens" bei Pietersburg in Transvaal und auf eine Hochschule zur Ausbildung schwarzer Mediziner in Durban. Der angerichtete Schaden in den "Shadow-Cities" um Johannesburg wird inoffiziell auf 30 bis 50 Millionen Rand (=75 bis 140 Millionen SFr.) geschätzt. Bereits traten Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung auf, da viele Depots und Läden geplündert und zerstört wurden. Die Bevölkerung leidet auch unter der Kälte, die gegenwärtig im südlichen Winter herrscht.
- 2) Die Unruhen waren am Mittwoch 16.6. in Soweto (eine für Schwarze reservierte Vorstadt Johannesburgs) im Verlaufe einer Demonstration von rund 10'000 Schülern ausgebrochen, welche gegen die von der Regierung angeordnete Verwendung des Afrikaans als Unterrichtssprache in Fächern wie Mathematik und Geschichte protestierten.

Die "Townships" wie Soweto wurden im Rahmen der Apartheidpolitik geschaffen, um die schwarzen "Gastarbeiter" von den "weissen"

Städten fernzuhalten, um die Fluktuationen dieser Wanderarbeiter zu kontrollieren und um die Slumbildung in den Grosstädten zu vermeiden. Diese eintönigen, überfüllten und primitiv ausgestatteten Barackenhaussiedlungen sind ein Reservoir des Verbrechens, aber auch, wegen der Frustration ihrer Einwohner, nicht zu unterschätzende Revolutionspotentiale.

- 3) Am Donnerstag und Freitag breiteten sich die Unruhen auf andere "Townships" und auf die obengenannten schwarzen Universitäten aus. Gleichzeitig wurde aus der Demonstration gegenüber einer administrativen Massnahme ein Protest gegen die weisse Vorherrschaft überhaupt. Wie fast immer bei solchen Anlässen, machten sich auch Diebe und Plünderer die politischen Unruhen zu Nutze.

Die Regierung reagierte mit grosser Schärfe: Ein grosses Aufgebot der Polizei, teilweise ausgerüstet mit automatischen Waffen und in gepanzerten Einsatzfahrzeugen, versuchten Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Bis zum 29. Juni sind alle öffentlichen Versammlungen verboten. Justizminister Kruger hat vor dem Parlament die Unruhen bedauert, jedoch auch hervorgehoben, dass die Sicherheitskräfte, trotz heftiger Kritik, künftig noch härter gegen Unruhestifter vorgehen würden. Militant zeigte sich auch Premierminister Vorster, der vor seiner Abreise nach der Bundesrepublik Deutschland bekanntgab, Gesetz und Ordnung müssten wieder hergestellt werden, "was immer das auch kosten mag."

- 4) Wie nicht anders zu erwarten war, haben die schwarzafrikanischen Staaten sofort auf die Rassenunruhen in Südafrika reagiert und eine Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen verlangt. Am Samstag verabschiedete der Rat mit dem Konsens aller Mitglieder (ohne Abstimmung) eine Resolution, in der die Regierung Südafrikas für das Blutvergiessen verantwortlich gemacht, und die Politik der Rassentrennung als ein Verbrechen gegen das Gewissen und die Würde des Menschen und eine ernste Bedrohung von Frieden und

Sicherheit verurteilt wird. Der letzte Punkt wurde auf Drängen der USA abgeschwächt, damit nicht Kapitel VII der UNO Charta (Sanktionen) anwendbar wurde. Aus den Reden der afrikanischen Sprecher klang immer wieder die Drohung durch, die Massaker in Südafrika könnten der Auftakt zu einem blutigen Bürgerkrieg sein. Die Demonstrationen seien Teil einer nationalen Erhebung, die das Apartheidregime niemals ersticken könne.

Südafrika hat aber schon vor der Verabschiedung der Resolution die Haltung der UNO als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" zurückgewiesen. Die einzige Bedrohung des Friedens und der Sicherheit, erklärte der südafrikanische UNO Botschafter Botha, seien die unverantwortlichen Drohungen gewisser Redner gegen Südafrika in der Debatte des Sicherheitsrates.

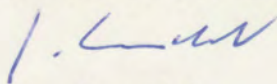
- 5) Es stellt sich die Frage, ob die Unruhen spontan ausbrachen oder ob sie das Resultat zielgerichteter, politischer Agitation darstellen. Die Regierung in Pretoria selbst glaubt, dass die Zusammenstösse im Blick auf die Europareise von Premierminister Vorster bewusst geplant und gesteuert worden seien. Ohne Zweifel hat die RSA durch die Ereignisse einen grossen aussenpolitischen Rückschlag erlitten, und es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, dass sie zu einem Zeitpunkt inszeniert wurden, wo Vorster sein Land durch das Zusammentreffen mit Aussenminister Kissinger aus der Isolation herauszuführen versucht. Die Behörden haben denn auch angedeutet, schwarze Organisationen, wie die "Black People Convention" (BPC) und die "South African Student Organization" (SASO) seien die Initianten der Unruhen in Soweto gewesen.

Andererseits darf nicht übersehen werden, dass bereits seit zwei Wochen gegen die Einführung des Afrikaans demonstriert wurde und dass bei der erdrückenden Uebermacht des herrschenden, weissen Staatsapparates niemand an den Erfolg eines Aufstandes glauben konnte.

Politisches Sekretariat

Kopien gehen an:

den Generalsekretär des EPD
Herrn Botschafter F. de Ziegler
Herrn Minister J. Cuendet
Herrn F. Nordmann


J. Cuendet